zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Hagenbrunn

Ausgabe · September 2026 | 561672/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

"Wie die Wassermühle vom Strom des Lebens getragen wird, so wächst der Mensch an den Aufgaben, die ihm beständig begegnen."



Mühle aus dem Lesachtal in Kärnten, Werner Allmaier

Neubau der Volksschule:
Vorläufiger Endbericht

Ausgangspunkt für die Planung war ein vom Land Niederösterreich erstelltes Raumprogramm, das einen Bedarf von sechs Klassen ausgewiesen hatte.

Seite 3

Kanalsanierung:
Auftrag vergeben

Um die notwendige Erneuerung wirtschaftlich umzusetzen, sollen in geeigneten Bereichen unterirdische Sanierungsverfahren zum Einsatz kommen.

Seite 4

Aktion der FPÖ Hagenbrunn:
Gratis Semmeln für alle

Ein mobiler Brotwagen, gefüllt mit einer köstlichen Auswahl an frischen Backwaren, macht an ausgewählten Standorten in unserer Gemeinde Halt.

Seite 10

Aus dem Gemeinderat:

Entscheidungen, Projekte und aktuelle Entwicklungen

Die Gemeinderatssitzung vom 29. Juni 2026 hatte eine umfangreiche Tagesordnung. Im Mittelpunkt standen unter anderem der vorläufige Endbericht zum Neubau der Volksschule, die Sanierung des Kanalnetzes, die Zukunft des Nah&Frisch-Marktes sowie wichtige Fragen zur Gemeindeentwicklung. Nachfolgend die wichtigsten Themen und Beschlüsse im Überblick.

Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 26. März 2026 hatten die Gemeinderäte der FPÖ Hagenbrunn vier Anfragen an den Bürgermeister gerichtet. Die dazu übermittelten Antworten werden im Folgenden zusammengefasst.

Gemeindeeigene Grundstücke

Gefragt wurde nach Anzahl, Grundstücksflächen und Widmung der gemeindeeigenen Grundstücke sowie nach den für 2026 geplanten Grundstückstransaktionen. Die Gemeinde hatte angekündigt, die entsprechenden Daten auszuwerten und bis zur nächsten Gemeinderatssitzung vorzulegen. Der für 2026 geplante Grundverkauf war im Gemeinderat bereits diskutiert worden. Inzwischen wurde von Seiten der Gemeinde eine übersichtliche Tabelle zu den Grundstücksverhältnissen übermittelt.

Insgesamt verfügt die Marktgemeinde Hagenbrunn über rund 929.000 m² beziehungsweise 92,9 Hektar Grundfläche. Erfasst sind unter anderem Bauflächen, Gärten, Gewässer, landwirtschaftlich genutzte Flächen, Freizeitflächen, Verkehrsflächen, Wald und Weingärten sowie weitere Flächenkategorien.

Neubau der Volksschule: Stand der Ermittlungen

Eine weitere Anfrage betraf den bereits bekannten Betrugsfall im Zusammenhang mit dem Neubau der Volksschule Hagenbrunn. Auf die Frage nach neuen Erkenntnissen zum Stand der Ermittlungen lautete die übermittelte Antwort: Es gibt keine neuen Erkenntnisse.

Kosten und Endabrechnung der neuen Volksschule

Auch nach den bisherigen Kosten, den aktuellen Ist-Kosten und der erwarteten Endabrechnung des Volksschulneubaus wurde gefragt. Die Gemeinde hatte angekündigt, die Endabrechnung in der Juni-Sitzung vorzulegen (siehe nachfolgender Bericht).

Haushaltskonsolidierung

Auf die Frage, ob die Marktgemeinde Hagenbrunn vom Land Niederösterreich zur Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes aufgefordert worden sei, wurde mit Nein geantwortet.



Vorläufiger Endbericht zum Neubau der Volksschule



Der vorläufige Endbericht zum Neubau der Volksschule stand in der Sitzung vom 29. Juni 2026 auf der Tagesordnung. Als Berichterstatter war der verantwortliche Architekt, DI Werner Zita, eingeladen.

Ausgangspunkt für die Planung war ein vom Land Niederösterreich erstelltes Raumprogramm, das einen Bedarf von sechs Klassen ausgewiesen hatte. Bei der Standortprüfung erwies sich das Grundstück beim Sportplatz als beste Option. Da dort bereits ein Fußballplatz vorhanden war, entstand die Idee, zusätzliche Synergien zu nutzen: Vereinsräumlichkeiten sollten in das Schulgebäude integriert und die Sporthalle vergrößert werden.

Die Planung orientierte sich an aktuellen Anforderungen und pädagogischen Gesichtspunkten. Ein wesentlicher Bestandteil des Konzepts ist die Gruppierung der Klassen in einem Cluster. Darüber hinaus wurde auf eine möglichst flexible Mehrfachnutzung der vorhandenen Flächen geachtet.

Kostenentwicklung

Die ursprüngliche Kostenberechnung für das Projekt lag bei rund 12,29 Millionen Euro netto (14,748 Millionen Euro brutto). Durch zusätzliche, inzwischen beauftragte, Leistungen erhöhte sich die prognostizierte Abrechnungssumme auf rund 13,29 Millionen Euro netto beziehungsweise 15,948 Millionen Euro brutto.

Zu den zusätzlichen Leistungen zählen

- Sporthalle statt Turnsaal
- größere Aula
- größere Bibliothek
- Multifunktionsräume
- drei Hortgruppen
- Vereinsräumlichkeiten
- Erweiterung auf acht Klassen

Die mit dem Betrugsfall verbundenen Kosten in Höhe von rund 233.000 Euro sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.



Shuttlebus: Angebot wird verlängert

Die Vereinbarung für das Shuttlebus-Angebot wurde verlängert. Aus Sicht der Gemeinde ist es sinnvoll, das Angebot beizubehalten, insbesondere um Jugendlichen nach Veranstaltungen eine sichere Heimfahrt zu ermöglichen.

Derzeit werden sieben Shuttlebuslinien angeboten. Die Marktgemeinde Hagenbrunn beteiligt sich an den Kosten mit rund 2.000 Euro.

Alte Volksschule: Grundsatzbeschluss für Umbau

Für die geplanten Umbaumaßnahmen in der alten Volksschule können im Rahmen der Kinderbetreuungsoffensive des Bundes und des Landes Niederösterreich Förderungen beantragt werden. Der gefasste Grundsatzbeschluss schafft die Grundlage für die Einreichung entsprechender Förderanträge.

Kanalsanierung:

Auftrag für unterirdische Sanierung vergeben



Ein großer Teil des Kanalnetzes in Hagenbrunn und Flandorf ist älter als 50 Jahre. Um die notwendige Erneuerung wirtschaftlich umzusetzen, sollen in geeigneten Bereichen unterirdische Sanierungsverfahren zum Einsatz kommen.

In der Siedlung Neues Wirtshaus sollen zwei Halterungen saniert werden. Das Büro DI Kernstock erarbeitete dazu einen Vergabevorschlag. Der Bestbieter legte ein Angebot über 394.437,92 Euro netto vor. Der Gemeinderat genehmigte die Vergabe einstimmig.

Im Vorfeld der Beschlussfassung wurde auf Initiative der FPÖ die Vergabe von Bauleistungen diskutiert. Aufgrund des geltenden Schwellenwertes wurde ein nicht offenes Verfahren ohne Bekanntmachung gewählt, bei dem fünf Bieter eingeladen wurden. Aus Sicht der FPÖ birgt dieses Verfahren das Risiko eines eingeschränkten Wettbewerbs.

Besonders kritisch wurde die Vergabe an ein Unternehmen gesehen, das Teil eines Baukartellverfahrens war. Die akzeptierte „Selbstreinigung“ des Unternehmens stellt zwar eine rechtliche Grundlage für die weitere Teilnahme an Vergabeverfahren dar, wurde in der Diskussion jedoch als Vertrauensentscheidung bewertet. Dabei wurde ausdrücklich festgehalten: Selbstreinigung bedeutet nicht „unschuldig“, sondern dass das betreffende Fehlverhalten als überwunden betrachtet wird.

Als Konsequenz einigte sich der Gemeinderat darauf, die vergaberechtlichen Bestimmungen der Marktgemeinde Hagenbrunn im Wirtschaftsausschuss vertiefend zu behandeln und gegebenenfalls anzupassen.

Nah&Frisch:

Umstellung auf Hybridbetrieb geplant



In den vergangenen Monaten hat eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aller Gemeinderatsfraktionen verschiedene Möglichkeiten für die Zukunft des Nah&Frisch-Marktes geprüft. Hintergrund ist, dass der Betrieb in der derzeitigen Form defizitär ist und der finanzielle Abgang im Gemeindebudget reduziert werden soll.

Die Arbeitsgruppe empfahl dem Gemeinderat, den Markt auf einen Hybridbetrieb umzustellen. Das bedeutet: Am Vormittag bleibt der Markt personell betreut, am Nachmittag und an den Wochenenden soll der Einkauf über einen elektronisch geregelten Betrieb – etwa mittels Bankomatkarte – möglich sein. Damit soll die Nahversorgung in der Gemeinde weiterhin sichergestellt werden.

Die Firma Kastner wird als Fachunternehmen den Umstieg begleiten. Parallel dazu wird nach einem geeigneten Kaufmann beziehungsweise einer geeigneten Kauffrau für den weiteren Betrieb gesucht. Ziel ist es, dass sich die Marktgemeinde Hagenbrunn künftig aus dem operativen Geschäft zurückziehen kann.

Für die konstruktive Zusammenarbeit aller Fraktionen in der Arbeitsgruppe wurde ausdrücklich gedankt. Weitere Informationen sollen zeitnah durch den Bürgermeister folgen.

Gehzeitkarte: Hagenbrunn zu Fuß entdecken

In der vergangenen Ausgabe des Hagenbrunn Info wurde die vom Ausschuss für Mobilität und öffentlichen Verkehr erarbeitete Gehzeitkarte vorgestellt. Sie zeigt auf, welche Wege innerhalb der Marktgemeinde zu Fuß gut erreichbar sind.

Gehen ist eine einfache und nachhaltige Form der Fortbewegung. Gleichzeitig eröffnet der Fußweg neue Perspektiven auf die eigene Gemeinde und unterstützt die Gesundheit. Die Gehzeitkarte steht über die Gemeindehomepage zum Download zur Verfügung.



Udo Landbauer bringt Bus, Bahn und Anrufsammeltaxi in ein gemeinsames System



Mobilität entscheidet über Lebensqualität. Gerade im Weinviertel wissen die Menschen ganz genau, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum anders funktionieren muss als in Wien oder in anderen Ballungsräumen. Wer am Land lebt, braucht verlässliche Verbindungen für den Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Arzt, zum Einkaufen und zurück nach Hause. Gleichzeitig muss klar sein: Ein großer Linienbus ist nicht überall und zu jeder Tageszeit die richtige Antwort. Dort, wo viele Menschen unterwegs sind, braucht es starke Linien. Dort, wo die Nachfrage geringer ist, braucht es flexible Lösungen.

Genau hier setzt das neue Verkehrsmodell „Weinviertel West“ an.

Unter der Verantwortung von Verkehrslandesrat **LH-Stellvertreter Udo Landbauer** wird der öffentliche Verkehr im westlichen Weinviertel neu geordnet. Nicht ideologisch, nicht abgehoben, sondern praktisch: Bahn, Regionalbusse und Anrufsammeltaxis werden zu einem integrierten Gesamtangebot verbunden. Das ist der richtige Weg für unsere Region.

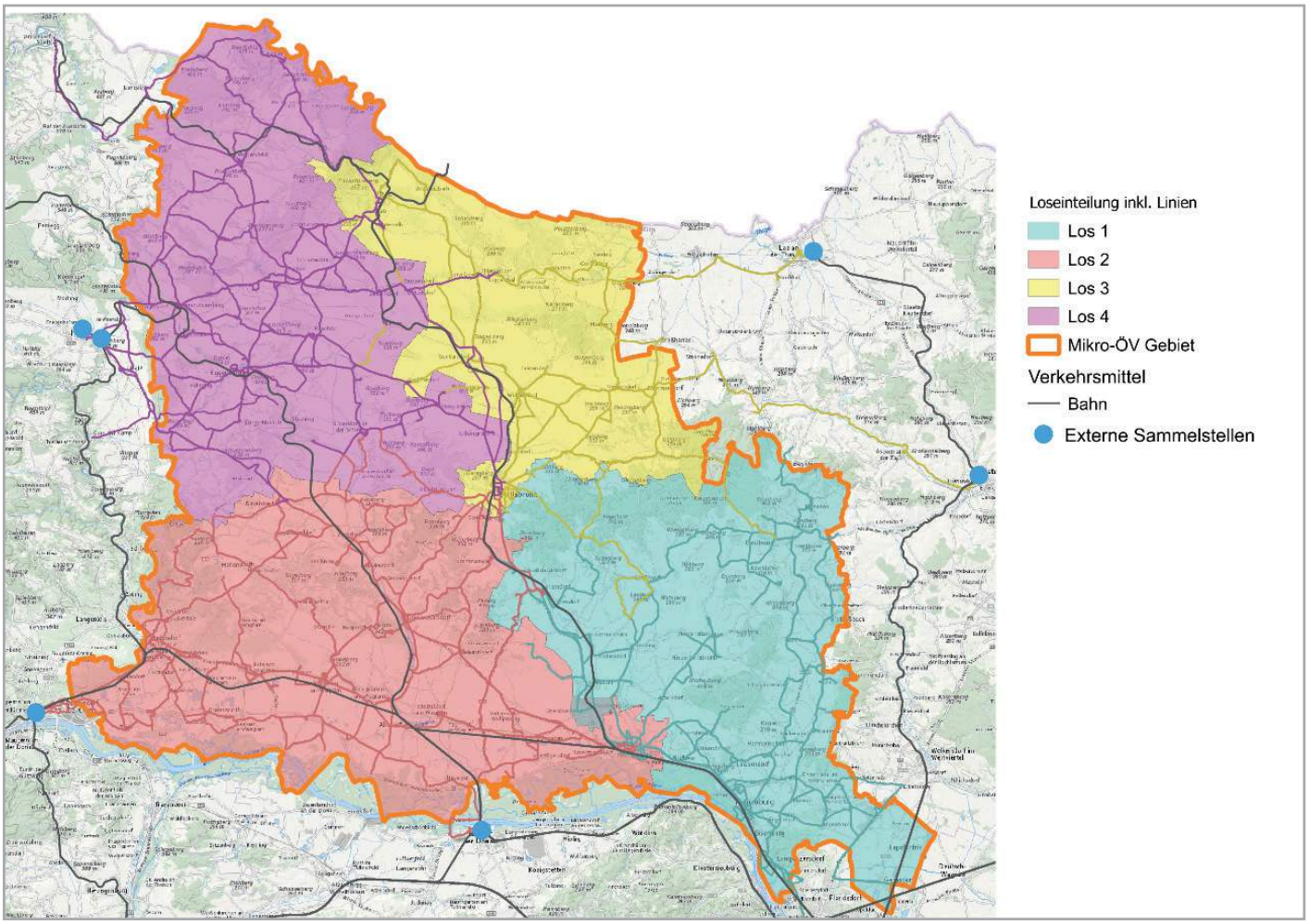
Das sogenannte leopoldi-Prinzip der NÖVOG verbindet die Stärken des klassischen Linienverkehrs mit den Stärken flexibler Bedarfsverkehre. Die Bahnlinien und die LEOpoldi Regionalbusse bilden die starken Hauptachsen. Sie sind die Hauptschlagadern des öffentlichen Verkehrs und sollen dort fahren, wo viele Fahrgäste unterwegs sind. Ergänzend dazu kommen die leoPOLDI Anrufsammeltaxis zum Einsatz. Sie kommen dort zum Einsatz, wo große Linienbusse wirtschaftlich und verkehrlich wenig sinnvoll sind – in der Fläche, auf Nebenstrecken und zu Zeiten geringerer Nachfrage.

Damit entsteht kein Flickwerk, sondern ein Gesamtmodell. Das ist der entscheidende Unterschied. Es geht nicht darum, hier ein paar Busse und dort ein paar Taxis nebeneinander fahren zu lassen. Es geht darum, die Angebote so aufeinander abzustimmen, dass der Bürger verlässlich von A nach B kommt. Gerade Pendler, Schüler, Familien und Senioren brauchen keine politischen Schlagworte, sondern ein Angebot, das im Alltag funktioniert.

Die Leistungsdaten zeigen, dass hier nicht klein gedacht wird. Das Pilotprojekt „Weinviertel West“ umfasst rund 70 Gemeinden mit etwa 200.000 Einwohnern. Geplant sind rund 150 leopoldi Regionalbusse auf etwa 65 Linien. Diese werden pro Jahr rund 5,2 Millionen Kilometer zurücklegen. Zusätzlich sollen rund 21 leopoldi Anrufsammeltaxis Montag bis Samstag unterwegs sein. Bestellt werden können diese flexibel – telefonisch und über die poldi-App. Das Pilotprojekt wird für acht Jahre vergeben, mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf zehn Jahre.

Das ist ein starkes Signal für das Weinviertel. Udo Landbauer zeigt damit, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum nicht an starren Denkmustern scheitern darf. Der Verkehrslandesrat setzt auf Qualität, Verlässlichkeit und einen sinnvollen Einsatz von Steuergeld. Genau das ist freiheitliche Verkehrspolitik: Das Angebot muss den Menschen dienen – nicht irgendwelchen politischen Moden.

Besonders wichtig ist dabei die Rolle der NÖVOG. Seit Ende 2024



hat die Niederösterreichische Verkehrsorganisationsgesellschaft die Gesamtverantwortung für den öffentlichen Regionalbusverkehr übernommen – also für Busse und bedarfsgesteuerte Verkehre. Das ist ein wesentlicher Schritt, weil damit Planung, Abstimmung und Verbesserung aus einer Hand erfolgen können. Buslinien müssen untereinander funktionieren. Bus und Bahn müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Und flexible Angebote müssen dort eingesetzt werden, wo sie echten Nutzen bringen.

Udo Landbauer hat in dieser Frage klar gemacht, worum es geht: Öffentlicher Verkehr muss pünktlich und verlässlich sein. Das klingt einfach, ist aber der Kern jeder vernünftigen Verkehrspolitik. Die Menschen brauchen keine schönen Konzepte am Papier, sondern ein System, das sie in der Früh zur Arbeit bringt, am Nachmittag nach Hause, den Schüler in die Schule und den älteren Menschen zum Arzt.

Dass der Betriebsstart von „Weinviertel West“ nun für 2027 geplant ist, liegt nicht an politischer Untätigkeit. Der Abschluss des Vergabeprozesses hat sich wegen eines Rechtsmittels eines unterlegenen Bieters verzögert. Das ist in einem Rechtsstaat möglich und muss auch entsprechend abgewickelt werden. Wer daraus ein politisches Versagen des Landes konstruieren will, ignoriert entweder bewusst die Rechtslage oder versteht das Verfahren nicht. Ein Verkehrslandesrat kann ein Vergabeverfahren nicht einfach per Zuruf abdrehen oder einen Einspruch wegtelefonieren. Das unterscheidet seriöse Regierungsarbeit von billiger Oppositionsinszenierung.

Genau diese haltlose Inszenierung erleben wir derzeit leider von der SPÖ. Aus einer schwachen politischen Position heraus wird versucht, die Verantwortung für das Auslaufen des Anrufsammeltaxis



im Bezirk Korneuburg dem Land Niederösterreich umzuhängen.

Das ist falsch. Es ist eine tatsachenwidrige Darstellung und eine Nebelgranate auf Kosten der Bürger.

Die Fakten sind klar: Das regionale Anrufsammeltaxi-System im Bezirk Korneuburg geht auf das Jahr 2015 zurück. Damals startete das Vorgängermodell „Korneuburg ISTmobil“ als regionales Zusatzangebot. Dieses Angebot war aber nie das Grundangebot des Landes Niederösterreich. Es wurde von der Region zusätzlich zum bestehenden Regionalbusangebot eingeführt.

Genau deshalb war auch immer klar: Die Gemeinden bestellen, organisieren und tragen ihren Anteil. Das Land kann fördern – und das Land hat gefördert.

Auch für das Betriebsjahr 2026 wurde die Landesförderung zugesagt. Konkret geht es um 200.528 Euro Landesförderung bei 469.800 Euro Gesamtkosten. Das Land Niederösterreich hat damit geliefert. Es hat seine Aufgabe als Fördergeber erfüllt. Wer jetzt behauptet, das Land habe „abgedreht“, verbreitet eine Unwahrheit. Die Einstellung von „Korneuburg mobil“ per 30. Juni 2026 beruht auf einer Entscheidung der beteiligten Gemeinden. Diese Gemeinden finanzieren und bestellen das System. Wenn sie die Verträge nicht weiterführen, dann ist das eine regionale Entscheidung. Und ja:

Dazu gehören auch Gemeinden, in denen die SPÖ kommunalpolitische Verantwortung trägt oder mitverantwortlich ist. Gerade deshalb ist die rote Empörung besonders durchsichtig.

Dort, wo man selbst in den Gemeinden Verantwortung trägt, will man plötzlich nichts mehr davon wissen – und zeigt mit dem Finger auf das Land. Dabei wäre der Weg klar gewesen. Bis zur Umsetzung von „Weinviertel West“ hätte die Region das bestehende Zusatzangebot weiterführen und für eine weitere Förderung beim Land ansuchen können.

Das Land steht weiterhin als Fördergeber im Rahmen der geltenden Regeln zur Verfügung. Aber eines muss auch gesagt werden: Wer ein zusätzliches Angebot bestellt, muss auch bereit sein, den nach Abzug der Förderung verbleibenden Anteil zu tragen. Verantwortung kann man nicht nur dann übernehmen, wenn sie politisch angenehm ist.

Mit dem Start von „Weinviertel West“ wird sich diese Struktur ohnehin grundlegend verbessern. Dann werden große Teile der bedarfsgesteuerten Grundversorgung in das neue Landesgrundangebot integriert.

Für die Gemeinden bedeutet das: Künftig fällt für die ausgeschriebene bedarfsgesteuerte Grundversorgung kein eigener Kostenbeitrag mehr an. Gerade das zeigt, wie sinnvoll das neue Modell ist. Es nimmt nicht nur den Bürger ernst, sondern entlastet auch die kommunale Ebene.

Eine zentrale Rolle in dieser Auseinandersetzung nimmt auch LAbg. Mag. Hubert Keyl ein.

Als Verkehrssprecher der FPÖ Niederösterreich, als Obmann des Verkehrs-Ausschusses im NÖ Landtag



LAbg. Mag. Hubert Keyl
Bezirksparteiobmann

und als Bezirksparteiobmann im Bezirk Korneuburg kennt er die Lage vor Ort und die Abläufe im Landtag. Er hat in der Debatte klar ausgesprochen, was Sache ist: Das Land liefert. Die Gemeinden haben eingestellt. Und die SPÖ versucht, mit einer armseligen Inszenierung von dieser Tatsache abzulenken. **Keyl** steht dabei für eine Politik, die sich nicht von Schlagzeilen treiben lässt, sondern die Zuständigkeiten sauber benennt.

Gerade im Verkehr braucht es Sachlichkeit. Wer bestellt? Wer zahlt? Wer fördert? Wer entscheidet? Diese Fragen muss man beantworten, bevor man politische Vorwürfe erhebt. Genau das wurde im Landtag klargestellt. Die Freiheitlichen stehen zu einer funktionierenden Mobilität im Weinviertel.

Wir wissen: Das Auto bleibt im ländlichen Raum unverzichtbar. Aber dort, wo öffentlicher Verkehr sinnvoll ist, muss er auch verlässlich und sauber organisiert sein. Das neue Modell „Weinviertel West“ ist deshalb ein wichtiger Schritt. Es verbindet starke Linien mit flexiblen Angeboten. Es berücksichtigt die Realität der Fläche.

Und es folgt einem einfachen Grundsatz: Öffentlicher Verkehr muss dem Bürger nützen. Während andere Parteien versuchen, aus Verzögerungen im Vergabeverfahren oder aus kommunalen Entscheidungen parteipolitisches Kleingeld zu schlagen, arbeitet Udo Landbauer an einer strukturellen Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich. Das ist der Unterschied zwischen Verantwortung und Theater.

Für das Weinviertel bedeutet „Weinviertel West“ eine echte Chance: mehr Ordnung im System, bessere Abstimmung von Bus und Bahn, flexible Ergänzung durch Anrufsammeltaxis und ein Angebot, das auf die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum zugeschnitten ist.

Genau diesen Weg werden wir Freiheitliche weiter unterstützen.



Neuer Verein „Netzwerk Hagenbrunn/Flandorf“

Auf Initiative engagierter Gemeindebürger wurde der Verein „Netzwerk Hagenbrunn/Flandorf“ gegründet. Ziel ist es, Bürger der Marktgemeinde in unterschiedlichsten Lebenslagen und Situationen zu unterstützen.

Bereits zum Start engagieren sich mehr als 40 ehrenamtliche Mitglieder. Der Verein lebt vom Engagement seiner Mitglieder und freut sich daher über weitere Menschen, die sich einbringen möchten. Obfrau des Vereins ist Maria Kandlhofer.

Umgestaltung Schloßgasse

Die Umgestaltung der Schloßgasse nimmt sichtbar Gestalt an: Breitere Gehsteige, neue Bäume und Grünflächen, eine optimierte Verkehrsführung sowie ausgewiesene Parkmöglichkeiten verleihen dem Ortskern ein modernes und attraktives Erscheinungsbild. Werfen Sie einen Blick auf die Gehzeitkarte und erkunden Sie die Ortschaft zu Fuß. So lassen sich die kurzen Wege und die neu gestalteten Bereiche besonders gut erleben.

An drei Wochenenden im Oktober/November heißt es wieder:

Gratis Semmeln für alle!



Heuer haben wir uns etwas ganz Besonderes für Sie einfallen lassen

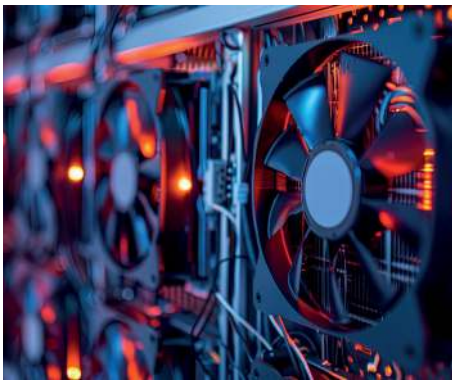
Ein mobiler Brotwagen, gefüllt mit einer köstlichen Auswahl an frischen Backwaren, macht an ausgewählten Standorten in unserer Gemeinde Halt. Neben unseren beliebten Gratissemmeln erwarten Sie auch duftender Kaffee und die Gelegenheit zu einem gemütlichen Plausch.

Schauen Sie vorbei, genießen Sie frische Backwaren und lassen Sie sich von uns verwöhnen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Über die Termine in Ihrem Grätzel werden wir Sie gesondert informieren!



Geplantes Rechenzentrum in Stetten



Das geplante Rechenzentrum in Stetten wirft zahlreiche Fragen auf. Bevor eine Umwidmung der derzeitigen Freifläche erfolgt, braucht es klare und transparente Antworten zu den Auswirkungen auf die Gemeinde(n), die Bevölkerung und die Umwelt.

Anlagen dieser Größenordnung mit einer Fläche von rund 4,3 Hektar benötigen enorme Mengen an Energie. Ebenso kritisch ist der hohe Wasserbedarf für die Kühlung der Serveranlagen. Gerade diese Faktoren machen es notwendig, das Projekt eingehend zu prüfen und kritisch zu hinterfragen. Als Marktgemeinde verfügen wir in diesem Verfahren zwar über keine Parteienstellung. Dennoch besteht die berechtigte Sorge, dass die Entnahme großer Wassermengen für Kühlzwecke die regionale Wasserversorgung nachhaltig beeinträchtigen könnte.

Um diese Bedenken sichtbar zu machen und eine sorgfältige Prüfung einzufordern, kann die Petition als Ausdruck der Sorge und Verantwortung gegenüber unserer Region unterstützt und unterzeichnet werden.

https://mein.aufstehen.at/petitions/stetten





EINLADUNG ZUM

TAG DER FAHNE

MONTAG

26

OKT.

AM HAUPTPLATZ
2100 KORNEUBURG

VON: 11 UHR BIS: 15 UHR

FÜR SPEIS UND TRANK IST GESORGT!

- MUSIKALISCHE UNTERHALTUNG
- FREIBIER UND GRATIS KINDERGETRÄNKE
- KINDERATTRAKTIONEN

WIR FREUEN UNS AUF EUER KOMMEN!

Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs - Landesgruppe Niederösterreich, Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten